

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut-G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Vor einer Weichenstellung sieht **Prof. Dr. Uwe Jens MdB** Wirtschaft und Politik vor dem Jahreswechsel: Sozialabbau oder Innovationen.

Seite 1

Die wahrheitswidrigen Behauptungen des Herrn Dieter Austermann weist **Ingrid Matthäus-Maler MdB** zurück: Eine Darstellung des SPD-Kindergeldmodells.

Seite 2

Die Durchsetzung des Wahlrechts für alle Ausländer fordert **Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB** und **Evelyne Gebhardt MdEP**: Kommunalwahlrecht für EU-Bürger ein erster Schritt.

Seite 3

49. Jahrgang / 246 / 23. Dezember 1994

Sozialabbau oder Innovationen Wirtschaft und Politik vor einer Weichenstellung

Von **Prof. Dr. Uwe Jens MdB**
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

'Manager sind meist nur Kostenschneider', meint ein hoher Vertreter einer bekannten Unternehmensberatung. Die Manager sind in Verruf geraten, nicht die Unternehmer. Aber worin besteht der Unterschied? Unternehmer sind - nach dem bekannten Ökonomen Joseph Schumpeter - diejenigen, die neue oder verbesserte Produkte oder Produktionsprozesse einführen und neue Märkte erschließen. Manager verwalten dagegen das Geld meist anonymen Kapitalgeber so risikolos wie möglich, sie sind eher Verwalter. Von den Unternehmern gibt es immer weniger, von Managern immer mehr.

Deutschland hat auf vielen Märkten in den letzten Jahren leider den Anschluß verloren. Der Videorecorder oder die Compact Disk wurden in Deutschland entwickelt, doch führend in der Unterhaltungselektronik sind jetzt die Japaner. Auch die erste Quarzuhr der Welt oder das Telefax kommen aus Deutschland, aber andere haben es zur Marktreife gebracht und damit viel Geld verdient. Der deutsche Ingenieur Hermann Kemper hat in den 30er Jahren eine Schwebebahn entwickelt ohne Räder, die durch magnetische Felder vorangetrieben wird. Der Vorsprung ging verloren. Jetzt sind uns auch beim Transrapid die Japaner auf den Fersen.

Soll und kann das so weitergehen? Die deutschen Manager oder ihre Funktionäre haben sich seit geraumer Zeit aufs Jammern verlegt: Wer krank wird, soll dafür Urlaubstage opfern, Samstag soll normaler Arbeitstag sein und das Weihnachtsgeld gehört eigentlich abgeschafft. Dabei haben sie oder ihre Verbände diese sozialen Leistungen alle einmal akzeptiert. Ist unsere Wirtschaft wirklich so schwach geworden, daß Verträge in Frage gestellt werden müssen? Seit Anfang 94 gibt es doch wieder einen Aufschwung; was wir 93 verloren haben ist schon wieder ausgeglichen. In den meisten Branchen gibt es Absatz und Gewinnzuwächse und die Produktivität ist überall gewaltig gestiegen. Richtig ist, die Konkurrenz aus dem Ausland ist stärker geworden; aber kann man diesem verschärften Wettbewerb durch Sozialabbau begegnen? Ich meine: unvergleichlich viel dringender sind Innovationen, aber die finden kaum noch statt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 04 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemaliler Ümdeit
mit normaler Kohlenstoff
Recycling-Papier



Um Innovationen durchzuführen, brauchen die Verantwortlichen in den Unternehmen Visionen, Selbstvertrauen, Wagemut und Risikobereitschaft. Den Managern scheinen diese Eigenschaften abhanden gekommen zu sein, oder anders ausgedrückt: um die erforderliche Rendite zu erzielen, die von ihnen erwartet wird, ist es einfacher, Arbeitsplatz- und Sozialabbau zu betreiben, als neue Märkte zu erschließen. Ausnahmen gibt es sicherlich, aber sie bestätigen nur die Regel. Manager handeln jedenfalls rational, und sie gehen den risikoloser Weg. Nur unsere Volkswirtschaft, die in den 60er und 70er Jahren noch so gut da stand, kommt dabei unter die Räder. Es ist dringend an der Zeit, die Weichen anders zu stellen. Notwendig wäre zum Beispiel die Managemententscheidungen in Großunternehmen vermehrt einer Erfolgskontrolle zu unterziehen. Dieser Erfolg mißt sich aber nicht in Kapitalrendite, sondern in Absatzzahlen und Zukunftserwartungen. Hinzukommen muß ein wirksamer Sanktionsmechanismus bei Fehlentscheidungen, wie er in den Vereinigten Staaten ausgeprägt ist. Die Politik kann nicht alles, aber sie kann deutlicher als bisher in diese Richtung drängen.

(-/23. Dezember 1994/rs/fr)

Wahrheitswidrige Behauptungen des Herrn Dieter Austermann **Eine Darstellung des SPD-Kindergeldmodells**

Von Ingrid Matthäus-Maler MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Obwohl die SPD wiederholt sowohl im Bundestag als auch außerhalb ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß das von der SPD geforderte einheitliche und erhöhte Kindergeld direkt als Abzug von der Steuerschuld ausgestaltet werden soll (sogenannte Finanzamtslösung), behaupten CDU und CSU-Politiker immer wieder, die SPD wolle die Kosten einseitig dem Bund aufbürden und Länder und Gemeinden verschonen. Mit diesen unwahren Behauptungen versuchen sie, davon abzulenken, daß ihnen die sachlichen Argumente gegen das SPD-Modell eines gerechten, verfassungsgemäßen und unbürokratischen Familienleistungsausgleichs ausgegangen sind.

Nachdem der CDU-Abgeordnete Dieter Austermann in einer Fernsehdiskussion, die am 28. Dezember 1994 in 3-SAT ausgestrahlt wird, diese wahrheitswidrigen Behauptungen erneuert hat, habe ich heute folgenden Brief an MdB Austermann geschrieben:

"Sehr geehrter Herr Kollege,

leider sind Sie nicht der einzige Kollege der CDU/CSU-Fraktion, der immer wieder wahrheitswidrig behauptet, die SPD sei für ein Kindergeld, um die Lasten dem Bund aufzubürden und Länder und Gemeinden finanziell zu schonen. Ich möchte Ihnen deshalb nochmals definitiv mitteilen, daß das nie unsere Absicht war noch ist. Ich kann mich im übrigen nicht des Eindrucks erwehren, daß Sie und Ihre Kollegen diese Behauptungen leichtfertig oder gar bewußt wahrheitswidrig aufstellen. Denn wir haben das Gegenteil wiederholt im Bundestag selbst und auch außerhalb festgestellt.

Zum 'Beweis' rate ich Ihnen zum Beispiel einen Blick in die Drucksache 12/320 vom 25. März 1991, dort heißt es unter anderem: 'Das Kindergeld wird unmittelbar von der einbehaltenen Lohnsteuer beziehungsweise Einkommensteuervorauszahlung abgezogen (Finanzamtslösung) ... Die Finanzamtslösung muß für die Länder und Gemeinden kostenneutral ausgestaltet werden.' Zum 'Beweis' rate ich Ihnen zum Beispiel einen Blick in die Drucksache 12/320 vom 25. März 1991, dort heißt es unter anderem: 'Das Kindergeld wird unmittelbar von der einbehaltenen Lohnsteuer beziehungsweise Einkommensteuervorauszahlung abgezogen (Finanzamtslösung) ... Die Finanzamtslösung muß für die Länder und Gemeinden kostenneutral ausgestaltet werden.' Die Finanzamtslösung bedeutet also, daß Bund, Länder und Gemeinden

entsprechend ihrem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer zu der Finanzierung des Familienleistungsausgleichs beitragen. Belastungsverschiebungen, die sich daraus gegenüber der Finanzierung des heutigen Familienleistungsausgleichs ergeben, sollen nach den Vorstellungen der SPD ausdrücklich ausgeglichen werden.

Diese oder ähnliche Formulierungen ziehen sich dann über die Jahre durch Programme und Anträge der SPD.

Ich weise ferner darauf hin, daß ich zum Beispiel in der Familiendebatte vom 24. Juni 1994 ausdrücklich in meinem Redebeitrag gesagt habe, 'um bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wollen wir das Kindergeld sofort mit der Steuerschuld verrechnen. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern zahlt demnach 500 DM weniger Steuern im Monat als sein Kollege nebenan, der keine Kinder hat. Wenn die Steuerschuld geringer ist als der Anspruch auf Kindergeld, bekommt er den Differenzbetrag ausbezahlt, und zwar vom Arbeitgeber oder vom Finanzamt und nicht länger vom Arbeitsamt.'

Entsprechend lauten die Formulierungen in unserem Regierungsprogramm.

Auch unser soeben im Bundestag eingebrachter Antrag, Drucksache 13/16 vom 10. November 1994 stellt unter Ziffer 5 ausdrücklich fest: 'Die Umgestaltung des Kindergeldes in einen Abzug von der Steuerschuld (Finanzamtlösung) führt zu Verschiebungen in der Finanzausstattung zwischen den staatlichen Ebenen. Während beim Bund die Ausgaben für das bisherige Kindergeld entfallen, entstehen Steuermindereinnahmen durch den Abzug von der Steuerschuld für Bund, Länder und Gemeinden. Es ist klar, daß diese finanziellen Verschiebungen zwischen den Gebietskörperschaften ausgeglichen werden müssen.'

Und schließlich habe ich in meiner Haushaltsrede vom 14. Dezember 1994 dieses auch sehr deutlich gemacht mit den Sätzen: 'Wir sehen ausdrücklich den Abzug des Kindergeldes von der Steuerschuld vor, so daß zum Beispiel ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern im Monat 500 DM weniger Lohnsteuer zahlt als sein Kollege ohne Kinder.' Auf eine entsprechende wahrheitswidrige Behauptung von Finanzminister Waigel am 16. Dezember 1994 habe ich das in der Debatte am 16. Dezember 1994 noch einmal klargestellt. Sie können es im Protokoll des Bundestages nachlesen.

Wir sollten über unser Konzept und Ihr Konzept in der Sache diskutieren. Wenn sie und Ihre Kollegen diese Auseinandersetzung scheuen und stattdessen weiterhin auf die wahrheitswidrige Behauptung zurückgreifen, die SPD sei für einen Familienleistungsausgleich in Form eines einheitlichen Kindergeldes, um den Bund einseitig die Lasten aufzuerlegen, dann ist dies angesichts unserer Beschlüsse schlicht unredlich.

Da Sie Ihre Behauptungen stets in der Öffentlichkeit wiederholen, werde ich diesen Brief gleichfalls veröffentlichen."

(-/23. Dezember 1994/rs/rt)

Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer durchsetzen
Das Kommunalwahlrecht für EU-Bürger ist ein erster Schritt

Von **Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende SPD-Vorsitzende und

Evelyne Gebhardt MdEP

In der Europäischen Union gilt ein neues Kommunalwahlrecht, das es ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus anderen Ländern der Europäischen Union nach Deutschland kommen, ermöglicht, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Dies ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einem allgemeinen Kommunalwahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, das von den Konservativen vor dem Bundesverfassungsgericht bekämpft worden ist. Die Landtage müssen diese Richtlinie spätestens bis Ende 1995 im Rahmen ihrer Kommunalwahl-Gesetze verwirklichen. Wir hoffen, daß dies schon bei den nächsten Kommu-

nenwahlen, die im September in Bremen stattfinden werden, der Fall ist. Es folgen Kommunalwahlen in Berlin (12/95), Bayern (3/96) und Niedersachsen (10/96). In Deutschland leben rund 1,5 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, davon sind circa eine Million im Wahlalter. Mit dieser Richtlinie, die im Oktober 1994 bereits vom Europaparlament beschlossen wurde, soll

